



**Inhalt Dezember 2012/
Januar 2013**

Seite 1

**WEGE ZUR GLEICH-
BEHANDLUNG**

Tagung des Kumpelvereins

**NACH RESTAURIERUNG
NEU EINGEWEIFT**

Gelbe Hand steht wieder neben dem Jugendzentrum in Hamm

Seite 2

**CHANGENGLEICHHEIT NICHT
NUR PROKLAMIEREN**

Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter diskutierten auf der Recklinghäuser Tagung der IG BCE

RACIAL PROFILING

Urteil des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz und Petition im Bundestag

MIGRATIONSKONFERENZ

Bundesweite Tagung der IG Metall

Seite 3

**WAS SICH NUR SOZIAL
ANHÖRT**

Rechtsextreme und soziale Fragen

NPD-VERBOTSVERFAHREN

Michael Sommer begrüßt Beschluss der Innenminister

**PFLICHTLEKTÜRE:
„DIE MITTE IM UMBRUCH“**

Studie der FES zu rechtsextremen Haltungen in Deutschland

Seite 4

NEUE FÖRDERMITGLIEDER

**SCHLUSSFOLGERUNGEN AUS
DER NSU-MORDSERIE**

ZAKO fordert Abschaffung des V-Leute-Systems

BROSCHÜRE DES MONATS

WEGE ZUR GLEICHBEHANDLUNG

Tagung des Kumpelvereins

„Gleichbehandlung und Antirassismus in Betrieb und Verwaltung“ war der Titel einer Tagung des Kumpelvereins, die am 14. Dezember 2012 in Essen stattfand. Unter den knapp 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmern waren viele Betriebs- und Personalräte sowie Auszubildende und Berufsschüler. In drei Workshops wurde das Thema von verschiedenen Seiten beleuchtet.

Ein seit langem erprobter Ansatz sind Betriebsvereinbarungen, die seit Beginn der 1990er Jahre geschlossen wurden. Zu Beginn – so Michaela Dälken vom DGB Bildungswerk – zielten sie als Reaktion auf fremdenfeindliche Übergriffe in Deutschland darauf, rassistische Vorfälle in den Betrieben zu vermeiden. Der Schwerpunkt verlagerte sich im Laufe der Zeit auf eine Durchsetzung von Respekt und Toleranz. Solche Vereinbarungen haben sich bewährt, allerdings nur, wenn sie nicht abgeheftet im Aktenschrank

verstauben, sondern in der betrieblichen Praxis gelebt werden.

Ein neuerer Ansatz, Gleichbehandlung durchzusetzen, sind anonymisierte Bewerbungen, die derzeit in einem Modellprojekt erprobt werden, das Ulf Rinne von der Uni Bonn vorstellte. Mit diesem Instrument kann die erste Stufe des Bewerbungsverfahrens, die Entscheidung über eine Einladung, als Hürde abgebaut werden. Erste Ergebnisse zeigen, dass das funktioniert. Anonymisierte Bewerbungen können aber nur ein Schritt sein.

Zu einer Gleichbehandlung können auch die Betriebsräte beitragen – so der Soziologe Werner Schmidt von der Uni Tübingen im dritten Workshop. In den Betrieben dominiert die Identität als Arbeitnehmer. Dies muss der Betriebsrat durch eine einheitliche Interessenvertretung bewusst fördern. Das schließt interkulturelles

Verstehen ein, überbetont die Unterschiede aber nicht.

Klaudia Tietze, Geschäftsführerin des Kumpelvereins, und dessen stellvertretender Vorsitzender, Bernd Vallentin, die die Tagung organisiert durchgeführt haben, zogen eine positive Bilanz: Betriebe und Verwaltungen sollten sich um Gleichbehandlung bemühen und aktiv für Vielfalt werben, damit sich alle angesprochen fühlen. So würden alle gewinnen. Mit den anwesenden Vertretern der nordrhein-westfälischen Landesregierung, der Landeszentrale für politische Bildung und den Teilnehmenden waren sie sich darin einig, dass Achtung und Respekt vor Menschen ein hohes und schützenswertes Gut sind und es deshalb keine Toleranz und Duldung gegenüber jeder Form von Rassismus geben darf.

Eine Dokumentation der Tagung wird zeitnah erscheinen.

NACH RESTAURIERUNG NEU EINGEWEIFT

Gelbe Hand steht wieder neben dem Jugendzentrum in Hamm

Am 30. November 2012 wurde im westfälischen Hamm neben dem Jugendzentrum Kubus die Gelbe Hand als Symbol gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus wieder eingeweiht. Dabei war natürlich auch der Kumpelverein, für den der stellvertretende Vorsitzende Bernd Vallentin an der Veranstaltung teilnahm. Er bedankte sich für die gute Arbeit in Hamm und forderte weiter Nulltoleranz gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus: „Wer wegschaut und nicht handelt, macht sich schuldig.“

Das Mahnmal aus Metall, das seit 1992 da stand, war im Frühjahr abgebaut und von jungen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern in der Lehrwerkstatt der Bahn AG restauriert worden. Die Initiative zu der Restaurierung war von der Sozialistischen Jugend Deutschlands „Die Falken“ ausgegangen. Dem schlossen sich die Jugend der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft EVG, die Jusos und andere Gruppen an.

Ein Vorläufer der jetzigen Gelben Hand war im Europawahlkampf 1989



Uwe Speckenwirth, Bernd Valentin, Marcel Feig, Jörg Hensel, Julian Stein, Tobias Weitzkus, Sven Gendreiko, Frederike Hermansen, Paula Burrichter, Svenja Partu, Christina Engelhardt

errichtet worden. Die Republikaner traten mit einer massiven Materialschlacht an. Als die Rechten ihr Material in der Stadt verteilten, stellten Mitglieder der Falken, Jusos und der Gewerkschaftsjugend in der Nähe eine braune Tonne auf, in die die Passanten den braunen Müll entsorgen konnten. Das Papier wurde zu Pappmaschee verarbeitet und daraus eine gelbe Hand, die aus der braunen Tonne herauskam, gebastelt.

Nach den rassistischen Übergriffen Anfang der 1990er Jahre – Hoyerswerda, Mölln, Solingen – wurde auch in Hamm ein Aktionstag gegen Rechts durchgeführt. Da wurde die Idee neu belebt – diesmal aber nicht in Pappmaschee. Auszubildende bei der Bahn schweißten mit Unterstützung ihres Ausbildungsleiters eine Hand, die feuerverzinkt und gelb angestrichen wurde.



CHANGENGLEICHHEIT NICHT NUR PROKLAMIEREN

Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter diskutierten auf der Recklinghäuser Tagung der IG BCE



Edeltraud Glänzer, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG BCE besucht den Stand des Kumpelvereins, v.l.: Ramazan Vardaroglu, Dr. Klaudia Tietze, Giovanni Pollice, Edeltraud Glänzer, Cuma Gür

Die 42. Recklinghäuser Tagung der IG BCE am 1. Dezember 2012 stand unter dem Motto „Bildung für Alle – Interkulturalität als Chance“. Die rund 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden vom stellvertretenden Bürgermeister der Stadt, Jochen Weber, und vom stellvertretenden Vorsitzenden der IG BCE, Ulrich Freese, begrüßt. Freese betonte dabei, dass Zugang zu Bildung nicht vom Portemonnaie der Eltern abhängen dürfe. Denn dies benachteilige oft Kinder aus Migrantenfamilien. Die Politik forderte er zum Handeln auf:

„Chancengleichheit darf nicht nur proklamiert werden, sie muss realisiert werden.“

Die nordrhein-westfälische Wissenschaftsministerin, Svenja Schulze, griff den Appell auf und unterstrich, dass die Landesregierung willens sei, Bildungsgerechtigkeit zu verwirklichen. So verwies sie auf die Abschaffung der Studiengebühren. Doch das reiche nicht, das Bildungssystem müsse sich öffnen, der Weg an die Universität gerade für Migranten erleichtert werden.

Dass bei der IG BCE das Thema Bildung ganz oben auf der Agenda steht, hob das zuständige Vorstandsmitglied, Edeltraud Glänzer, hervor. Der Tarifvertrag „Zukunft durch Ausbildung“ sei eine von vielen gewerkschaftlichen Maßnahmen, um jungen Menschen, mit und ohne Migrationshintergrund, eine Lebensperspektive zu schaffen. Doch letztlich müsse der Wandel hin zu mehr Bildungsgerechtigkeit in der Gesellschaft vollzogen werden: „Chancengleichheit fängt in den Köpfen an.“

Der Schulleiter des Kölner Genova-Gymnasiums, Bernd Knorreck, verwies auf die Chancen kultureller Vielfalt und brachte das prägnant auf den Punkt: „Vielfalt hat kreatives Potenzial – homogen ist langweilig.“ Seine Schule hatte 2011 den Deutschen Schulpreis für erfolgreiche Integrationsarbeit erhalten. Auf der Recklinghäuser Tagung stellte Knorreck das interkulturelle Konzept seiner Schule vor.

Neu auf der Recklinghäuser Tagung waren die Diskussionsforen, in denen die Mitglieder sich austauschen konnten. Themen waren die Rolle der Eltern, der Übergang von der Schule zur Ausbildung, sowie das Potenzial interkultureller Frauen.

Die Forderungen, die sich aus den Diskussionen ergaben, fasste der Leiter der Abteilung Migration/Inte-

gration, Giovanni Pollice, zusammen. Dazu zählt zunächst ein zukunftsfähiges Bildungswesen, in der Kinder aus materiell benachteiligten Familien sowie Kinder aus interkulturellen Familien die gleichen Chancen haben wie Kinder aus sozial und materiell besser gestellten Familien.

Dafür ist ein Ende des föderalen Bildungschaos ebenso nötig wie ein gemeinsames Lernen bis Klasse zehn. Das frühe Aussortieren, meist nach der vierten Klasse, müsse beendet werden.

Zu einer Chancengleichheit in der Bildung zählen – so Pollice – auch Ganztagschulen sowie eine gebührenfreie Bildung von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule.

Um den Übergang von der Schule in den Beruf zu verbessern seien schließlich Berufsorientierung und -vorbereitung als feste Bestandteile der weiterführenden Schulen nötig. Um Haupt- und Realschüler beim Sprung in den Arbeitsmarkt zu unterstützen, hat die IG BCE mit dem Programm „Start in den Beruf“ erfolgreiche tarifpolitische Maßnahmen ergriffen. Die Reichweite des Instruments des Tarifvertrags ist allerdings begrenzt. Deshalb sei auch die Politik gefordert.

RACIAL PROFILING

Urteil des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz und Petition im Bundestag

Noch bis zum 18. Dezember 2012 läuft die Möglichkeit, eine Petition gegen „Racial/Ethnic Profiling“ in der Polizeiarbeit zu unterzeichnen, die von der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD) in Zusammenarbeit mit dem Büro zur Umsetzung von Gleichbehandlung (BUG) beim Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages vorgelegt wurde. Die im Bundestag eingereichte Petition fordert die Regierung dazu auf, die bundesgesetzlichen Regelungen, die der Polizei „verdachtsunabhängige Kontrollen“ erlauben, gänzlich abzuschaffen.

Die Initiatoren verweisen auch auf ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz, das entschieden hat, dass „Racial Profiling“ gegen Diskriminierungsverbot verstößt. Der konkrete Fall eines 26-jährigen Deutschen, der auf einer Zugfahrt von Kassel nach Frankfurt am Main von zwei Bundespolizisten angesprochen und aufgefordert wurde, sich auszuweisen, endete vor Gericht, nachdem diese ihn zur Feststellung seiner Identität mit auf die Dienststelle genommen haben.

Der Mann erstattete Anzeige, weil er lediglich auf Grund seiner Hautfarbe kontrolliert worden sei, das zuständige Verwaltungsgericht wies die Klage dennoch ab.“

Das Oberverwaltungsgericht (OVG) Rheinland-Pfalz ließ die Berufung zu und vernahm die beiden Bundespolizisten in der mündlichen Verhandlung (Az.: 7 A 10532/12.OVG). Das Gericht machte deutlich, dass die Kontrolle des Mannes und das Ausweisverlangen rechtswidrig gewesen seien, da die Hautfarbe in der Tat das ausschlaggebende Kriterium gewesen sei. Die Beamten hätten damit gegen das Diskriminierungsverbot Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes verstoßen.

Die Vertreter der Bundespolizei mussten sich für die Kontrolle entschuldigen, damit erklärte das Gericht das Verfahren für beendet.

Für den Vorsitzenden des GdP-Betriebs Bundespolizei, Josef Scheuring, ist die Gerichtsentscheidung nachvollziehbar. Die Hautfarbe allein, so Scheuring, könne kein Grund für eine Befragung sein. Eine Kontrolle sei vielmehr immer anlassbezogen und

dies werde von der Bundespolizei auch so gehandhabt. Dass es in dem Fall Probleme gab, sei eine Ausnahme.

Informationen zur Petition gegen Racial Profiling stehen im Netz unter: www.stoppt-racial-profiling.de

MIGRATIONSKONFERENZ

Bundesweite Tagung der IG Metall

Am 29. und 30. November fand in Kassel die 9. Bundesmigrationskonferenz der IG Metall statt. Das Motto lautete: „Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken“.

Als wichtige Schritte, um den Zusammenhalt zu stärken, sieht die IG Metall ein kommunales Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten sowie die ersatzlose Streichung der Optionspflicht und die Ermöglichung einer doppelten Staatsbürgerschaft.

Beim Wahlrecht verweist die Gewerkschaft auf die Situation in den Betrieben, wo seit 1972 alle Beschäftigten unabhängig von der Staatsangehörigkeit über das aktive und passive Wahlrecht für die Wahlen zum Betriebsrat verfügen. Diese Regelung ist ein voller Erfolg.

Die Frage der politischen Partizipation wird auch durch die so genannte

Optionspflicht berührt. Im Jahr 2013 werden sich erstmals rund 3.300 junge Erwachsene, die seit 1990 in Deutschland geboren wurden, zwischen der deutschen Staatsangehörigkeit und der ihrer Eltern entscheiden müssen. Treffen sie keine Entscheidung, dann wird ihnen die deutsche Staatsangehörigkeit entzogen.

Diese Regelung könnte bald dazu führen, dass Menschen massenhaft und ganz legal per Gesetz ausbürgert werden. Die IG Metall fordert deshalb, die Optionspflicht im Staatsangehörigkeitsrecht ersatzlos zu streichen und dafür die Mehrstaatlichkeit zu erlauben.

Mehr Informationen zur Bundesmigrationskonferenz der IG Metall finden sich auf der Seite www.igmetall.de

WAS SICH NUR SOZIAL ANHÖRT

Rechtsextreme und soziale Fragen

Wem die Forderung „Gleiche Löhne für gleiche Arbeit“ begegnet oder auch die Forderung nach einem Mindestlohn, dürfte zustimmend nicken, besonders dann, wenn sie oder er gewerkschaftlich organisiert ist. Wenn dann bei genauerem Hinsehen „für alle deutschen Beschäftigten in allen Branchen ein Mindestlohn von 9 Euro pro Stunde“ gefordert wird, ist schnell klar, woher der Wind weht, nämlich von ganz rechts.

Seit einigen Jahren haben Neonazis die soziale Frage entdeckt und versuchen, sie für ihre Zwecke zu nutzen. Nun lassen sich die Forderungen schnell als Demagogie einordnen, nur sollte man es sich nicht zu einfach machen. Wenn die NPD zum Beispiel im Wahlkampf in Ostdeutschland mit einem „Sozialberatungsbüro“ durch strukturschwache Regionen fährt, kann bei den Menschen durchaus der Eindruck entstehen, die Rechtsextremen würden sich um die Belange der Menschen kümmern.

Was von den Neonazis an konkreten Schritten vorgeschlagen wird, ist nichts anderes als rassistische Propaganda. Arbeitsplätze sollen nur für Deutsche (oder auch Volksgemeinschaftsangehörige) zur Verfügung

stehen. Gekoppelt wird das meist mit der Forderung nach einer „Ausländerückführung“, was nichts anderes als Ausländer raus meint. Abgesehen davon, wie eigentlich hier deutsch definiert sein soll, ist die Behauptung, dass Migrantinnen und Migranten Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen natürlich Unsinn. In den Flächenländern mit den niedrigsten Anteilen an Zuwanderern – in Ostdeutschland – ist die Arbeitslosigkeit höher als im Westen, wo der Anteil an Migrantinnen und Migranten deutlich höher ist. Die rassistischen Verknüpfungen mit sozialen Fragestellungen widersprechen diametral gewerkschaftlichen Vorstellungen. In einer Broschüre des DGB Bayern heißt es dazu: „Gewerkschaften haben sich zusammengeschlossen als Organisation der Lohnabhängigen, gleich ob Ausländer oder Inländer, ob schwarz oder weiß, ob Christ oder Moslem, ob Mann oder Frau. Denn der Bezugspunkt für Gewerkschaftspolitik ist die Lohnarbeit, und eben nicht die Nationalität. Deshalb kann und wird es nie auch nur einen Berührungspunkt der Rechten mit dem DGB und seinen Gewerkschaften geben.“

Das dürfte auch den Rechtsextremen klar sein. Gewerkschaften werden von ihnen verteuft. Sie hätten „ihre Daseinsberechtigung und die Interessen deutscher Arbeitnehmer längst verraten“ – so der NPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern. In den wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Rechten haben Gewerkschaften ohnehin keinen Platz. Die sind angelehnt an das nationalsozialistische Prinzip der „Betriebsgemein-

schaft“, in der Arbeitnehmerrechte nichts zu suchen haben.

Informationen zur Sozialdemagogie von Rechtsextremen finden sich unter anderem in der Broschüre „Trittbrettfahrer der sozialen Frage“, die vom DGB-Bundesvorstand herausgegeben wurde (www.dgb.de), in der Broschüre „Rechtsextremismus in Bayern“ (www.bayern.dgb.de) oder auf der Seite www.aktiv-gegen-diskriminierung.info der ver.di-Jugend.

NPD-VERBOTSVERFAHREN

Michael Sommer begrüßt Beschluss der Innenminister

Der DGB-Vorsitzende, Michael Sommer, begrüßt in einer Stellungnahme den einstimmigen Beschluss der Innenminister der Bundesländer, ein NPD-Verbotsverfahren einzuleiten. Sommer wörtlich:

„Demokratieverachtung und Menschenfeindlichkeit dürfen nicht toleriert werden, wir begrüßen daher den Vorstoß der Innenminister der Länder. Feinde der Demokratie dürfen nicht länger unter dem Deckmantel einer Partei ihre rechtsextreme Ideologie verbreiten.“

Aus Sicht Sommers reicht ein NPD-Verbot allerdings nicht aus: „Wir

brauchen eine umfassende Aufklärung des Versagens der Sicherheitsbehörden bei den NSU-Morden. Ein Verbot der NPD muss eingebettet werden in eine umfassende Strategie zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus, um auch den so genannten freien Kameradschaften den ideologischen Boden zu entziehen. Aufklärung und politische Bildungsarbeit sind auch notwendig, um dem alltäglichen Rassismus in der Gesellschaft entgegenzutreten.“

Auch der Kumpelverein begrüßt den Entscheid der Innenminister für das Verbotsverfahren.

PFLICHTLEKTÜRE: „DIE MITTE IM UMBRUCH“

Studie der FES zu rechtsextremen Haltungen in Deutschland



Der Anteil der Personen in Deutschland, die über ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild* verfügen, ist seit dem Jahr 2010 von 8,2 auf 9,0 Prozent angestiegen. Dies ist ein Ergebnis der Studie „Die Mitte im Umbruch“, die im November veröffentlicht wurde. Die „Mitte-Studien“ werden im Zweijahresrhythmus von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Auftrag gegeben.

Untersucht wird dabei regelmäßig, wo und in welchem Ausmaß rechts-

extreme Einstellungen in der Bevölkerung vorhanden sind. Dabei ist seit Jahren klar, dass rechtsextreme Haltungen kein Phänomen am Rand der Gesellschaft, sondern der gesellschaftlichen Mitte sind.

Der Anstieg des Anteils der Personen mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild ist ausschließlich auf die Situation in den neuen Bundesländern zurückzuführen. Hier ist ein Sprung von 10,5 auf 15,8 Prozent zu verzeichnen, während der Anteil im Westen von 7,6 auf 7,3 Prozent sank. In den Untersuchungen 2002 bis einschließlich 2006 war der Anteil im Westen höher.

Besonders besorgniserregend ist die Tatsache, dass das Ansteigen der Werte auch darauf zurückzuführen ist, dass gerade junge Ostdeutsche mit hohen Werten aufwarten. Der früher bestehende Zusammenhang von zunehmendem Alter und rechtsextremen Einstellungen ist damit aufgelöst.

Bei den einzelnen (insgesamt sechs) rechtsextremen Einstellungen ist Ausländerfeindlichkeit mit 25,1 Prozent am höchsten. Auch hier sind die Wer-

te im Osten (38,7 Prozent) deutlich höher als im Westen (21,7 Prozent). Erfreulich niedrig sind die Werte bei der Befürwortung einer Diktatur (3,5 Prozent) und der Verharmlosung des Nationalsozialismus (3,1 Prozent). Im Umkehrschluss ist das eine deutliche Befürwortung der Demokratie.

Als Strategien gegen Rechtsextremismus fordern die Autoren eine weitere Stärkung der zivilgesellschaftlichen Arbeit und deren gesellschaftliche Anerkennung. Mit Blick auf die Gewerkschaftsbewegung schreiben sie: „Die Einzelgewerkschaften und der DGB in Deutschland sind verstärkt dabei, öffentlich und aktiv gegen Rechtsextremismus Position zu beziehen. Diese Bemühungen sollten vorangetrieben und durch andere Verbände der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft übernommen bzw. unterstützt werden.“

Die Studie behandelt noch zahlreiche weitere Aspekte – etwa wurden erstmalig Antworten von Menschen mit Migrationshintergrund ausgewertet. Hierbei fällt auf, dass (was zu erwarten ist) Ausländerfeindlichkeit bei Migrantinnen und Migranten deutlich niedriger ist als bei Deutschen

ohne Migrationshintergrund. Der Antisemitismus ist bei Deutschen mit Migrationshintergrund etwas geringer (6,7 %) als bei Deutschen ohne Migrationshintergrund (8,8 %). Bei ausländischen Staatsangehörigen ist er deutlich höher (14,7 %). Ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild findet sich bei 4,8 % der Deutschen mit Migrationshintergrund und 4,2 % der ausländischen Staatsangehörigen.

Insgesamt ist die Studie eine Pflichtlektüre nicht nur für diejenigen, die sich mit dem Thema befassen.

Oliver Decker, Johannes Kiess, Elmar Brähler et al.: Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012

Die Studie kann heruntergeladen werden unter www.fes.de

Die Printausgabe ist bei J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2012, erschienen.

*Von einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild sprechen die Autoren, wenn bei 18 Einzelfragen (Items) ein Grenzwert von 63 überschritten wird. Für die Antworten werden Punkte vergeben: lehne völlig ab: 1, lehne überwiegend ab: 2, stimme teils zu, teils nicht: 3, stimme überwiegend zu: 4 und stimme voll und ganz zu: 5 Punkte. Das Minimum liegt demnach bei 18 Punkten, das Maximum bei 90 Punkten. Bei einem rechnerischen Schnitt von 3,5 Punkten wird der Grenzwert erreicht.

Neue Fördermitglieder

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch in den letzten Wochen konnte der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ neue Fördermitglieder gewinnen. Unter anderem auch **Bernd Lange, MdEP, Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes NRW** und **Viola von Cramon, MdB**. An dieser Stelle heißen wir alle herzlich Willkommen und bedanken uns sehr für ihre Unterstützung.

Nachfolgend die Namen:

- Barbara Adamowski, ver.di, DGB-Bundesvorstand Abt. Grundsatzangelegenheiten und Gesellschaftspolitik, Leiterin Parlamentarische Verbindungsstelle, Berlin
- Nayim Alatas, IG Metall, BR-Mitglied Fa. Nexans-Kabelwerk, Mönchengladbach
- Avni Altiner, IG Metall, Vorsitzender „Schura“ Niedersachsen, Hannover
- Kemal Arica, IG BCE, Vertrauensmann Fa. Honeywell Bremsbelag, Glinde
- Zafer Ates, IG BCE, Sekretär zur Ausbildung, z. Zeit Bezirk Oldenburg
- Ronald Bauschke, IG BCE, BR-Mitglied Fa. Südwestdeutsche Salzwerke AG, Heilbronn
- Antonio Botelho Lopes, IG BCE, Mitglied des Interkulturellen Arbeitskreises, Bezirk Hamburg/Harburg
- Martina Brehm, IG BCE, stellv. BR-Vorsitzende Fa. Styron D. Anlagenges., Stade
- Ewa Brüggemann, IG BCE, Stellv. Vorsitzende des Vereins Integrationslotsenteam, Delmenhorst
- Adnan Caglayan, IG BCE, Mitglied des Interkulturellen Arbeitskreises Duisburg/Moers
- Mehmet Cengiz Cevik, IG BCE, Vertrauensmann Fa. Honeywell Bremsbelag, Glinde
- Osman Cinkilic, IG BCE, Mitglied des Interkulturellen Arbeitskreises Duisburg/Moers
- Armando Fernandes, IG BCE, Ersatzmitglied des BR Fa. Honeywell Bremsbelag, Glinde
- Guido Freisewinkel, IG BCE, Gewerkschaftssekretär Bezirk Moers
- Mehmet Ali Gülbey, IG BCE, BR-Mitglied Fa. Honeywell Bremsbelag, Glinde
- Cuma Gür, IG BCE, Mitglied des Interkulturellen Arbeitskreises Duisburg/Moers
- Alfred Höning, IG BCE, BR-Mitglied Fa. Michelin Bad Kreuznach
- H. Peter Hüttenmeister, IG BCE, Landesbezirksleiter a. D., Bovenden
- Hasan Isilak, IG BCE, Stellv. BR-Vorsitzender Fa. SCHOTT AG Mainz
- Alpetik Kirci, IG Metall, Vorsitzender der Türkischen Gemeinde in Niedersachsen, Mitglied des Stadtrates, Hannover
- Uwe Kumpa, IG BCE, BR-Vorsitzender Fa. Michelin Bad Kreuznach
- Bernd Lange, IG Metall, MdEP, Hannover
- Cornelia Leunig, IG BCE, Bundesfrauensekretärin, HV Hannover
- Thorsten Melsbach, IG BCE, BR-Mitglied Fa. Honeywell Bremsbelag, Glinde
- Miriam Mehdi, Student, Bochum
- Rolf Möllmann, Hannover
- Wilfried Ohldag, IG BCE, Mitglied der Vertrauenskörperleitung Fa. Honeywell Bremsbelag, Glinde
- Manfred Petersen, IG BCE, BR-Mitglied Fa. Honeywell Bremsbelag, Glinde
- Michael Petersen, IG BCE, BR-Vorsitzender Fa. Honeywell Bremsbelag, Glinde
- Antonio Potenza, IG Metall, Stellv. BR-Vorsitzender, Fa. Modine-Werk, Kirchentellinsfurt
- Thomas Prinz, IG BCE, Mitglied der Vertrauenskörperleitung Fa. RAG DSK AG BW Auguste-Victoria, Marl
- Markus Römer, IG BCE, Abteilungsleiter Bildung/Wissenschaft beim Hauptvorstand, Hannover
- Doris Schröder Köpf, Landtagskandidatin, Hannover
- Claudia Schübler, Landtagskandidatin, Hannover
- Svenja Schulze, IG BCE, MdL NRW, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung, Münster
- Josef Sroka, IG BCE, Mitglied des Interkulturellen Arbeitskreises Duisburg/Moers
- Manuel Torres, IG BCE, Ersatzmitglied des BR Fa. Honeywell Bremsbelag, Glinde
- Gerardo Tulimiero, IG Metall, BR-Vorsitzender Fa. Rexnord, Betzdorf
- Jordana Vogiatzi, IG Metall, Pressesprecherin IGM Verwaltungsstelle Stuttgart
- Viola von Cramon, MdB, Northeim
- Peter Walter, IG BCE, Mitglied der Vertrauenskörperleitung Fa. BASF Ludwigshafen
- Sabine Winterwerber, IG BCE, Gewerkschaftssekretärin in der Abteilung Bildung/Wissenschaft beim Hauptvorstand, Hannover

Um die erfolgreiche Arbeit des Vereins fortzusetzen, brauchen wir Eure finanzielle und ideelle Unterstützung!

In Form einer Fördermitgliedschaft (Mindestbeitrag 36 € im Jahr) als auch durch eine Spende. Sowohl der Förderbeitrag als auch Spenden an den Verein können steuerlich abgesetzt werden. Selbstverständlich wird von uns eine Spendenquittung ausgestellt.

Durch die Werbung weiterer Förderer, durch das Tragen des Stickers, durch aktives Eintreten für Gleichberechtigung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft.

Wir sind für jeden Beitrag dankbar!

Vielen Dank
Giovanni Pollice
Vorstandsvorsitzender

SCHLUSSFOLGERUNGEN AUS DER NSU-MORDSERIE

ZAKO fordert Abschaffung des V-Leute-Systems



Der Zentrale Arbeitskreis Offensiv gegen Rassismus und Rechtsextremismus (ZAKO) der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) hat Anfang November 2012 im hessischen Gladenbach über notwendige Schlussfolgerungen der bisherigen Erkenntnisse zur NSU-Mordserie beraten. In einer Erklärung verweist ZAKO auf das „Desaster der bisherigen Politik“ und das „unbeschreibliche Versagen staatlicher ‚Sicherheitsorgane‘“.

Als konkrete Maßnahmen fordert ZAKO unter anderem eine umfassende Entschädigung aller Angehörigen

und Hinterbliebenen der NSU-Anschläge durch die Bundesregierung, die umfassende und schonungslose Aufklärung aller Vorgänge bei den Sicherheits- und Geheimdiensten in Bezug auf die extreme Rechte sowie Konzepte gegen strukturellen Rassismus in Ermittlungsbehörden. Darüber hinaus plädiert der Arbeitskreis für eine Abschaffung der Inlandsgeheimdienste und des V-Leute-Systems. Die Erklärung kann im Internet heruntergeladen werden unter:

www.zako.verdi.de/data/ZAKO-fordert-Konsequenzen-aus-rass.-Mord-Serie.pdf
<http://www.zako.verdi.de/data/ZAKO-fordert-Konsequenzen-aus-rass.-Mord-Serie.pdf>

Impressum:

HERAUSGEBER

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.

VORSTAND

Giovanni Pollice, IG BCE
Volker Roßocha, DGB
Bernd Vallentin, ver.di
Kai Venohr, DGB-Bildungswerk
Holger Vermeer, IG BAU

VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Giovanni Pollice

KOORDINATION

Dr. Klaudia Tietze

REDAKTION

Bernd Mansel
Medienbüro Arbeitswelt, Berlin

FOTOS

IG BCE, Kumpelverein

ZUSCHRIFTEN/KONTAKT

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Tel.: 0211-4301 193
E-Mail: info@gelbehand.de

WEB

www.gelbehand.de
www.facebook.de/gelbehand

PRODUKTION

Setzkasten GmbH, Düsseldorf
Internet: www.setzkasten.de
Tel.: 0211/40 800 900

BROSCHÜRE DES MONATS

Rechtsextreme Vorfälle kamen und kommen auch in Verbänden der Jugendfeuerwehren vor. Aus diesem Grund wurde von 2008 bis Ende 2010 das Modellprojekt „Jugendfeuerwehren strukturfür Demokratie“ durchgeführt. Ziel war es, gegen Rassismus und Rechtsextremismus aktiv zu werden und (Beratungs-)Kompetenzen innerhalb der Feuerwehren zu bündeln und zu koordinieren (siehe auch aktiv Februar 2010).

Die vorliegende Broschüre dokumentiert das Projekt. Chronologisch werden die Entwicklungsphasen und die Hintergründe des Projektes aufgezeigt.

Jugendfeuerwehren strukturfür Demokratie. Eine Dokumentation Broschüre 39 S.

Die Broschüre kann über das DGB Bildungswerk ausgeliehen werden:

www.migration-online.de/medienvorleih

Dort ist auch ein PDF-Download möglich.